

# Breite Front für Planung von Fuß- und Radtunnel Siemensstraße

NABU, Seniorenbeirat, UWG, ADFC und Behindertenbeauftragte dabei

Neustadt (os). Weiter Gegenwind für die Stadtverwaltung in Sachen Bahnübergang Siemensstraße. Wie mehrfach berichtet, hält die Bauverwaltung einen Tunnel für Fußgänger und Radfahrer für nicht umsetzbar und vor allem schwer finanzierbar. Mit unkoordinierten Informationen für einzelne Rats-Fraktionen hatten sich die städtischen Mitarbeiter das Leben unnötig schwer gemacht, das fällt ihnen offensichtlich auch jetzt wieder vor die Füße, weil Anfragen von Seniorenbeirat und der Behindertenbeauftragten Irene Siedow nicht zufriedenstellend beantwortet werden konnten. Eine Initiative aus Naturschutzbund (NABU), Allgemeinem Deutschen Fahrradclub (ADFC), UWG, Seniorenbeirat und Siedow macht weiter Front gegen die Abkehr von einer Tunnellösung. Der Verwaltung wird eine mangelhafte Prüfung der Machbarkeit vorgeworfen, besonders aber auch, die bisherigen, politischen Beschlüsse nicht richtig umzusetzen.

„Wir begrüßen die geplante Beseitigung des Bahnübergangs in der Siemensstraße. Das trägt erheblich zur Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer bei“, heißt es



*Kritiker einer Brückenlösung haben in Sachen Tunnel am Bahnübergang Siemensstraße noch nicht aufgegeben. Foto: Seitz (Archiv)*

in einer Mitteilung der Initiative. Eine Fußgänger- und Radfahrerrunterführung trage zur Vermeidung von Umwegen bei und sei ein Bekenntnis für die Förderung des Radverkehrs in unserer Stadt. Offene Fragen sind für die Unterzeichner vor allem: Warum ein Bau wie am Bahnhof nicht in Betracht gezogen wurde. REWE-Inhaber Martin Diedrichs hatte nach den Worten von UWG-Chef Dr. Harald Wachsmuth Verkaufsbereitschaft von Teilen seines Grundstücks signalisiert. Die Ver-

waltung hatte es jedoch mehr als eineinhalb Jahre nicht geschafft, überhaupt mit ihm Kontakt aufzunehmen. Der Tunnel am Bahnhof ist barrierefrei, die betrachtete Variante der Verwaltung für die Siemensstraße führte jedoch nur in Verlängerung der Siemensstraße geradeaus - und wäre dann bei barrierefreier Herstellung zu lang geworden.

„Auch wenn die Planungen vorangeschritten sind, erwarten wir von der Stadtverwaltung und der Politik umgehende Entschei-

dungen, um diese Variante der Querung in die laufenden Aktivitäten einzubeziehen und eine Grundlage für eine belastbare Entscheidung zu erarbeiten“, fordert die Initiative. Statt eines Tunnels favorisiert die Verwaltung eine Brückenquerung auf Höhe des ehemaligen Opel-Autohauses an der Wunstorfer Straße. Diese soll auf jeder Seite jeweils 2,50 Meter breite Wege für Radfahrer und Fußgänger haben. Für NABU, ADFC, UWG, Seniorenbeirat und Behindertenbeauftragte führt das zu einer „nicht akzeptablen Belastung für den Fuß- und Radverkehr“.

Laut Stadt habe die Kommune selbst alle Kosten eines solchen Bauwerks zu tragen. In der zugehörigen Drucksache verweist die Verwaltung allerdings auf die Pressestelle der Bahn als Quelle dieser Einschätzung - wenig überzeugend für den Zusammenschluss der Kritiker.

Mit der genannten Vorlage versucht die Stadt sich nun politische Zustimmung für die Einstellung aller Tunnelplanungen zu holen. Genau das will die Initiative allerdings verhindern und die Vorgänge notfalls auch von der Kommunalaufsicht prüfen lassen.